

1 Der Landesparteitag möge beschließen:

2

3 **Die Digitale Revolution gestalten!**

4

5 Aktuell ist unsere Gesellschaft wieder in einem Prozess, dessen weiteren Verlauf und  
6 Ende wir nicht voraussehen können und dessen Auswirkungen auch auf die Gesell-  
7 schaft wir heute nur erahnen können: Die Digitalisierung aller Lebensbereiche. Alle  
8 Gesellschaftsbereiche sind davon betroffen, vom Bildungssystem bis zur Freizeitgestal-  
9 tung.

10

11 Bisher ist die Digitalisierung vor allem durch technische Entwicklungen geprägt. Die  
12 Akteure dieser „Digitalen Revolution“ sind nur wenige international agierende Unter-  
13 nehmen. Der Staat beteiligt sich bis jetzt nur reaktiv an dieser Revolution. Wir Sozial-  
14 demokratInnen dürfen nicht hinnehmen, dass dieser Bereich dem Markt überlassen  
15 wird. Unser Ziel soll eine politische Gestaltung des Prozesses und nicht lediglich ein  
16 begleitendes oder gar reaktives Handeln sein.

17

18 Wir verstehen die Digitalisierung als eine Chance für unsere Zukunft und auch deshalb  
19 werden wir diese Digitale Revolution mitgestalten statt nur zu begleiten.

20

21 Die Verbreitung des Mobilfunks und des Internets hat unsere Art und Weise zu kom-  
22 munizieren grundlegend verändert, zuletzt mit neuer Dynamik durch die Verbreitung  
23 internetfähiger Geräte und des mobilen Onlinezugangs. Auch deshalb nutzen etwa  
24 80% der EinwohnerInnen von Bremen und Bremerhaven 2014 regelmäßig das Internet  
25 aus unterschiedlichsten Gründen. Die Digitalisierung bietet ein Mehr an Informationen  
26 und Wissen, ein Mehr an Kommunikation, ein Mehr an Mitsprache und Demokratie,  
27 ein Mehr an Transparenz, Effizienz und Innovation.

28

29 **Teilhabe für alle**

30

31 Das Internet schafft neue Möglichkeiten gesellschaftlicher Teilhabe und politischer  
32 Partizipation. Um auch erfolgreich am privaten, beruflichen sowie insgesamt am ge-  
33 gesellschaftlichen Leben teilzuhaben, benötigen alle Menschen ausreichende computer-  
34 und informationsbezogene Kompetenzen. Für Menschen, die aus unterschiedlichsten  
35 Gründen das Internet nicht benutzen können und nicht an der Digitalen Gesellschaft  
36 teilnehmen können, müssen wir die Hindernisse abbauen.

37

38 In der Digitalen Revolution entsteht so eine „Digitale Kluft“ zwischen denen, die es  
39 täglich nutzen (können) und zwischen denen, die keinen Kontakt mit der Digitalisie-  
40 rung haben. Diese Digitale Kluft entsteht insbesondere auf drei Feldern: erstens dem  
41 Zugang zu Geräten mit Internetzugang, zweitens der Nutzungskompetenz und drit-  
42 tens der Nutzungsart.

43

44 Wir fordern dass in Bremen und Bremerhaven jede/r die Möglichkeiten des Internets  
45 in vollem Umfang nutzen kann. Daher ist es wichtig, dass die Übertragungsgeschwin-  
46 digkeiten auf Höhe der Zeit sind.

47

48 Um den Zugang für alle zu erleichtern, müssen wir an Bildungsinstitutionen, allen öf-  
49 fentlichen Gebäuden und im Personennahverkehr (BSAG, BremerhavenBus) ein schnel-  
50 les und frei verfügbares WLAN einrichten In Schulen und Hochschulen müssen PCs  
51 und andere IT-Geräte in angemessener Anzahl und Ausstattung bereitgestellt werden.

52

### 53 **Medienkompetenz für alle**

54

55 Die Annahme, Kinder und Jugendliche würden durch das Aufwachsen in einer von  
56 neuen Technologien geprägten Welt automatisch zu kompetenten NutzerInnen digita-  
57 ler Medien, trifft nicht zu. Wir fordern, mit der Vermittlung von Medienkompetenz  
58 schon in jungen Jahren zu beginnen. Daher muss schon das pädagogische Personal  
59 von Kindertagesstätten entsprechend geschult werden. Erziehungsberechtigte und alle  
60 anderen Beteiligten in der Erziehung müssen Unterstützung in der Medienerziehung  
61 erhalten. Wir fordern daher, dass entsprechende Fortbildungen in Schulen, Kindergär-  
62 ten und in vielen anderen öffentlichen Einrichtungen angeboten werden. Wir dürfen

63 nicht vergessen, dass auch ältere Menschen einen Bedarf an digitaler Teilhabe haben.  
64 Auch für sie muss es entsprechende Angebote geben.

65

66 Um die Vermittlung von Medienkompetenz zu erweitern, müssen die vorhandenen  
67 Angebote besser vernetzt werden und für alle erkennbar und nutzbar gemacht wer-  
68 den. Es muss eine umfassende Strategie zur Medienkompetenzentwicklung entwickelt  
69 werden und diese muss so schnell wie möglich umgesetzt werden.

70

## 71 **Digitale Bildung für alle**

72

73 Die Digitale Revolution hat den Bildungsbereich schon seit Jahren erreicht. Meistens  
74 gibt es statt Plakat-Präsentationen PowerPoint-Präsentationen. Als Wissensquelle die-  
75 nen Wikipedia & co. Die Frage ist, ob dies eine positive Entwicklung ist. Wir sagen: Ja!  
76 Und auch deshalb muss die digitale Bildungslandschaft politisch gestaltet werden -  
77 und das nicht in 10 Jahren, sondern jetzt!

78

### 79 *LehrerInnenbildung*

80

81 In allen Bildungsstufen und sowohl in schulischen als auch in außerschulischen Bil-  
82 dungseinrichtungen müssen Kinder und Jugendliche sich altersgemäß mit digitalen  
83 Medien beschäftigen können. Arbeiten mit digitalen Medien und der Erwerb medien-  
84 pädagogischer Kompetenzen muss daher zu Grundbestandteilen der Ausbildung von  
85 ErzieherInnen und LehrerInnen werden. Es soll aber auch ein Grundbestandteil anderer  
86 pädagogischer Berufe, wie SozialpädagogInnen in der Kinder- und Jugendarbeit, wer-  
87 den. Effektive Fortbildungsmaßnahmen und Weiterbildungsmaßnahmen beim vorhan-  
88 denen pädagogischen Personal sollen das Personal besser auf die Digitalisierung vor-  
89 bereiten. Die Lehrkräfte müssen in der Lage sein, digitale Ressourcen stärker im Unter-  
90 richt einzubinden, damit die Lernqualität steigen kann. Neben der Verankerung der  
91 Medienpädagogik in der LehrerInnenausbildung muss vor allem ein bedarfsgerechter  
92 Ausbau der medienpädagogischen Forschung und Lehre sowie der medienpädagogi-  
93 schen Fortbildungskapazitäten erreicht werden.

94

95 *Verankerung in Bildungsplänen*

96

97 Der Erwerb von Medienkompetenz und digitaler Grundbildung muss mit der fächer-  
98 übergreifenden Verankerung digitaler Bildungsinhalte gewährleistet werden. Die Bil-  
99 dungspläne, die Ausbildungs- und Studienordnungen müssen für die Digitalisierung  
100 von Gesellschaft und Wirtschaft fit und die digitalen Bildungsinhalte zu einem ver-  
101 bindlichen und bewertbaren Bestandteil der Bildungskonzepte gemacht werden.

102

103 Wir fordern vor allem verbindliche Inhalte Informatik und Medienkompetenz für alle  
104 SchülerInnen in allen Schulstufen und Schulformen. Diesen Vorschlag wird von allen  
105 Seiten akzeptiert und übernommen.

106

107 Es sollen digitale Medien im Unterricht oder auch in der Vorlesung eingesetzt werden.  
108 Lehrkräfte setzen digitale Medien im Unterricht aber nicht nur ein, um die Schülerin-  
109 nen und Schüler für eine digitale Zukunft fit zu machen. Digitale Unterrichtsmethoden  
110 und -materialien erleichtern die in allen Fächern notwendige Abkehr vom frontalen  
111 (Be-) Lehren hin zum individualisierten und kooperativen Lernen und ermöglichen  
112 auch inklusive Bildungssettings.

113

114 *Freie Werkzeuge zum Lernen*

115

116 Lehrende und Lernende müssen die Möglichkeit erhalten, vorhandene Unterlagen zu  
117 erweitern oder zu verbessern und diese Änderungen auf einfache Weise anderen zu-  
118 gänglich zu machen. Dafür ist es erforderlich, dass offene Formate und Plattformen  
119 genutzt werden. Daher fordern wir die Verwendung und Stärkung von Open Educati-  
120 onal Resources (OER). Als Open Educational Resources werden Lernmaterialien be-  
121 zeichnet, die von Bildungsinstituten sowie von LehrerInnen, SchülerInnen und Studie-  
122 renden kostenlos genutzt, weiterbearbeitet und frei weitergegeben werden können.  
123 Ein großes Hindernis für OER ist das veraltete UrheberInnenrecht. Das Land Bremen  
124 soll sich weiter für eine Reform des UrheberInnenrechts, hin zu einem UrheberInnen-  
125 recht, das den Einsatz von OER ermöglicht, einsetzen. Es muss im neuen UrheberIn-  
126 nenrecht eine allgemeine Bildungs- und Wissenschaftsschranke eingebaut werden,

127 welche das Nutzen von Veröffentlichungen für Unterrichtszwecke und zum Lehren und  
128 Lernen erlaubt.

129 Um Open Access im Wissenschaftsbereich zu fördern, muss die Veröffentlichung und  
130 Nachnutzbarkeit von Forschungsergebnissen umfassend abgesichert werden. Hierfür  
131 setzen wir uns in der Bundesebene ein. Wir fordern ein verbindliches Zweitveröffentli-  
132 chungsrecht für alle wissenschaftlichen Beiträge ein, die aus überwiegend mit öffentli-  
133 chen Mitteln finanzierter Lehr- und Forschungstätigkeit entstanden sind, um so die  
134 freie und dauerhafte Zugänglichmachung im Internet zu ermöglichen.

135

136 Darüber hinaus müssen mit öffentlichen Geldern (ko-)finanzierte Bildungsmaterialien  
137 grundsätzlich unter einer offenen Lizenz, in offenen Formaten sowie mit den notwen-  
138 digen Metadaten veröffentlicht werden.

139

#### 140 *Digitale Infrastruktur*

141

142 Es müssen grundlegende Strukturen geschaffen werden, damit jedeR an der Digitalen  
143 Revolution teilhaben kann. Es müssen internetfähige Geräte in den Hochschulen und  
144 Schulen vorhanden sein und alle Schulen und Hochschulen flächendeckend mit WLAN  
145 versorgt werden. Der Internetzugang sollte schnell und zensurfrei sein. Gerade Schulen  
146 tendieren oft zur vermeintlichen Kontrolle und Ordnung des digitalen Wandels. So  
147 schränken die Schulen oftmals Funktionsfähigkeiten der Geräte ein oder diese werden  
148 komplett verboten. Dies lehnen wir klar ab und wollen stattdessen Schulen, in denen  
149 Transparenz, Austausch und Mitbestimmung gelebt wird. Digitale Geräte sind dafür  
150 beispielhaft, weil sie beispielsweise Kommunikation über Klassenverbände, Jahrgänge  
151 und einzelne Schulen hinaus ermöglichen.

152

153 Der Internetzugang darf nicht abgehört oder mitgeschnitten werden. Die Schulen und  
154 Hochschulen müssen gewährleisten, dass sie keine Daten der SchülerInnen und Stu-  
155 dierenden sammeln. Auch an den Hochschulen, wo es vermehrt Chip-Karten für  
156 Raumzugänge gibt, sollen keine Daten gespeichert werden.

157

158 Wir fordern einheitliche E-Learning-Systeme, um das Chaos der unterschiedlichen und  
159 nicht kompatiblen Systeme und Anwendungen zu beenden. In allen Bremer und Bre-  
160 merhavener Bildungseinrichtungen sollte ein System angewendet werden, das die Bil-  
161 dungscloud beinhaltet, in der Lehrende und Lernende Lern- und Lehrinhalte ablegen  
162 können. An den Schulen und Hochschulen sollen Open Source Software verwendet  
163 werden. Damit würde man u.a. bei den Lizenzen Gebühren sparen und den Unterricht  
164 offener gestalten.

165

166 *Inklusion*

167

168 In diese Bildungscloud sollten immer alle Inhalte des Unterrichts hochgeladen werden,  
169 damit Lernende auch nach dem Unterricht die Materialien einsehen können. Es geht  
170 nicht nur darum, Inhalte optimal aufzubereiten. Digital unterstütztes Lernen muss in-  
171klusiv sein. Konkret bedeutet dies: Auch die Onlineangebote der Hochschulen und  
172 Schulen müssen barrierefrei sein. Auch Unterrichts- und Lehrmaterialien müssen in  
173 geeigneter Form vorliegen. Die Inklusion muss ein Schwerpunkt in der Aus- und Fort-  
174 bildung von Lehrenden sein. Für die digital unterstützte Lehre gilt ebenso, dass sie so  
175 aufbereitet sein muss, dass alle Teilnehmenden sie aktiv und kritisch mitgestalten  
176 können.

177

178 **Die digitalisierte Arbeitswelt: Risiken beschränken, Fortschritte nutzen**

179

180 Auch in der Arbeitswelt hat die digitale Revolution längst Einzug gehalten. Durch die  
181 Digitalisierung haben sich neue Arbeitstechniken herauskristallisiert, Kompetenzanfor-  
182 derungen an ArbeitnehmerInnen verschärft und völlig neue Berufsbilder ergeben. Die  
183 neu entstandenen Berufsbilder wie z.B. WebdesignerIn sind allerdings Berufe, die häu-  
184 fig nicht in einem klassischen Angestelltenverhältnis ausgeführt werden, sondern in  
185 der (Solo-)Selbstständigkeit. Auch die Zahl der Personen, die von zuhause aus arbei-  
186 ten, ist gestiegen und das nicht nur bei den Selbstständigen, sondern auch in klassi-  
187 schen Bürojobs. Um auf diese Entwicklung angemessen einzugehen bedarf es regula-  
188 torischer Anpassungen.

189 Durch die räumliche Entgrenzung von Arbeitszeit und Freizeit, die die Heimarbeit  
190 zwangsläufig mit sich bringt, steigt das Risiko der Selbstaussbeutung an, da die Mess-  
191 barkeit von Arbeitszeit erschwert wird. Dieses Problem kann überall da auftreten, wo  
192 die Möglichkeit besteht, sich Arbeit mit nach Hause zu nehmen.

193

194 Wir müssen uns Gedanken machen, wie wir die ArbeitnehmerInnen und Selbständigen  
195 vor dieser Form der Selbstaussbeutung schützen können. Ein möglicher Ansatz ist es  
196 zum Beispiel, den Zugang zum beruflichen E-Mail-Konto zeitlich zu beschränken, wo-  
197 bei die Beschränkung anhand einer täglichen Gesamtdauer eine bessere Kombination  
198 aus Schutz und Flexibilität für die ArbeitnehmerInnen verspricht als eine Beschränkung  
199 nach Uhrzeit. Doch das sollte nicht das einzige Mittel bleiben. Es muss zukünftig auch  
200 in der Ausbildung stärker dafür sensibilisiert werden, dass es respektabel und auch  
201 notwendig ist, die Arbeitszeit zu beenden und Erschöpfungszeichen des Körpers ernst  
202 zu nehmen.

203

204 Im Home-Office kommt zudem hinzu, dass der Arbeits- und Versicherungsschutz an-  
205 ders gewährleistet werden muss, da hier nicht die gleichen Bedingungen herrschen  
206 wie im Büro. So müssen sich die Regelungen zur gesetzlichen Unfallversicherung end-  
207 lich an die Zeiten des Home-Office anpassen und ihren Schutz entsprechend erwei-  
208 tern.

209

210 Dass die Zahl der selbstständig Tätigen in den durch die Digitalisierung entstandenen  
211 Jobs hoch ist, bringt die Frage der Inklusivität unserer Sozialsysteme erneut auf die  
212 Tagesordnung. Unsere Sozialsysteme müssen fit für Solo-Selbstständige werden, um  
213 auch ihnen angemessene soziale Sicherung zu bieten. Daher wollen wir, unbeschadet  
214 des Ziels einer BürgerInnenversicherung in der Kranken- und Pflege sowie einer Er-  
215 werbstätigenversicherung in der Rentenversicherung, die derzeitige Künstlersozialkasse  
216 zu einer Sozialversicherung für alle Solo-Selbstständigen ausbauen. Auf diesem Wege  
217 wollen wir Solo-Selbstständigen auch, bei Deckelung auf einen Höchstanspruch, den  
218 Schutz der Arbeitslosenversicherung eröffnen. Durch die Künstlersozialkasse wird es  
219 derzeit freischaffenden Künstlern und Publizisten ermöglicht, in die gesetzliche Kran-  
220 kenversicherung zu kommen und dort nur den Arbeitnehmeranteil zu zahlen, während

221 der andere Teil, neben einem Bundeszuschuss, aus Abgaben der Auftraggeber auf das  
222 Auftragshonorar bezahlt wird. Dieses System der teilweisen AuftraggeberInnenfinan-  
223 zierung halten wir für zukunftsweisend und wollen es übernehmen.

224

## 225 **Freies und offenes Netz für Alle**

226

227 Die Grundlage für eine digitale Gesellschaft, die Fortschritt schafft und Teilhabe für  
228 alle ermöglicht, ist ein offenes und freies Netz. Deshalb stehen wir für eine freien und  
229 gleichen Zugang zum Internet sowie für eine gesetzliche Verankerung der Netzneutra-  
230 lität, die alle Daten gleich behandelt.

231

232 Technisch wird mit der Verbreitung internetfähiger mobiler Endgeräte eine nahezu  
233 lückenlose ständige Überwachung jedes und jeder Einzelnen möglich. Wir stellen uns  
234 deshalb weiterhin gegen die Vorratsdatenspeicherung, die zurzeit Höchstspeicherfrist  
235 genannt wird. Die anlasslose und flächendeckende Vorratsdatenspeicherung ist ein  
236 undifferenziertes und rechtlich unverhältnismäßiges Überwachungsinstrument, das die  
237 Grundrechte in unzumutbarer Art einschränkt und alle Bürgerinnen und Bürger im  
238 Geltungsgebiet unter Generalverdacht stellt.

239

240 Zu einem freien und offenen Netz gehört aber nicht nur die Freiheit von ausufernder  
241 Überwachung, sondern auch die Freiheit von Zensur. Netzsperrern lehnen wir ab und  
242 bekennen uns weiterhin zum Prinzip „Löschen statt Sperren“, welches bei strafrechtli-  
243 cher Relevanz von Inhalten zum Einsatz kommen soll. Wir fordern weiterhin die Ab-  
244 schaffung der Störerhaftung, damit die Einrichtung öffentlicher und frei zugänglicher  
245 WLAN-Hotspots ausgeweitet und befördert werden kann.

246

247 Dies sind nur wenige Themen von vielen Bereichen, in denen wir uns weiterhin für die  
248 Rechte der BürgerInnen einsetzen werden. Die Politik darf sich nicht auf die Interessen  
249 von Unternehmen und Sicherheitsbehörden beschränken.

250

## 251 **Open Government für Alle**

252



253 Der Staat muss die Chancen der Digitalisierung nutzen und noch offener werden. Re-  
254 gierung und die Verwaltung müssen für die BürgerInnen transparenter werden und  
255 mehr Teilhabe ermöglichen. Die Demokratie kann dadurch enorm profitieren. Deshalb  
256 fordern wir neue Beteiligungsformen bei Meinungs- und Willensbildung. Es sollte wei-  
257 ter an Optionen geforscht werden, wie in Zukunft internetbasiertes Wählen sicher  
258 möglich werden kann.

259

260 Es sollte weiterhin daran gearbeitet werden, dass alle Dokumente von der Verwaltung  
261 online gestellt werden, damit BürgerInnen leichter an Formulare etc. kommen. Alle  
262 Online-Plattformen müssen barrierefrei sein. Es geht darum, alle Informationen aus  
263 Politik und Verwaltung aktuell, umfassend, barrierefrei und vor allem gut auffindbar  
264 über das Internet bereitzustellen.

265

266 Die Open-Data-Strategie müssen wir weiter führen und noch mehr erweitern. Alle Do-  
267 kumente der Verwaltung und Regierung sollten veröffentlicht werden. Wir fordern,  
268 dass die Verwaltung sich auf Verwendung von Open-Source Software konzentriert, um  
269 Lizenzgebühren zu sparen und das Allmende-Produktionsmodell zu fördern.

270

## 271 **Die Partei**

272

273 Wir wollen, dass die SPD auch in ihrer innerverbandlichen Arbeit auf der Höhe der  
274 Zeit ist. Wir als Partei sollten uns überlegen, wie wir die Menschen anders beteiligen -  
275 z.B. , indem wir unsere bisher oft erfolglosen verschiedenen Online-Plattformen zu  
276 einem einheitlichen System für interaktives Arbeiten entwickeln. Wir sollten ein Forum  
277 entwickeln, indem man sich innerparteilich beteiligen kann. Alle Dokumente sollten  
278 online verfügbar sein und das barrierefrei. Leider sind viele Dateien, die derzeit hoch-  
279 geladen werden, mit Kopierschutz belegt, sodass man sie in den meisten Fällen nicht  
280 ausdrucken und/oder bearbeiten kann. Dieser Unsinn muss aufhören. Unsere Partei  
281 muss sich auch überlegen und ein Konzept erarbeiten, wie wir mit den Online-  
282 Features arbeiten wollen und wie wir unsere Partei generell offener machen können.  
283 Außer Acht lassen dürfen wir auch nicht die Social-Media Plattformen. Dort erreicht  
284 man gerade jüngere Menschen, die man sonst nicht erreichen würde - allerdings nur

285 mit einer für sie authentischen Kommunikation. Kommunikationsleitfäden des Willy-  
286 Brandt-Hauses und Schulungsangebote für Gliederungen sind erforderliche Unterstüt-  
287 zungsleistungen.